**Kommunalwahlprogramm** [.](http://www.pdf2txt.de/)  
  
  
 **2016**

**Vorwort**

Frankfurt hat nun zwei Wahlperioden schwarz-grüne Regierung hinter sich gebracht. Wenn man zurückblickt, kann man nicht übersehen, daß es eigentlich eine GRÜN-schwarze Politik war, die unsere Stadt beherrscht hat. Dazu kommt, daß wir seit 3 Jahren einen Oberbürgermeister der SPD haben und dadurch die SPD ihre Oppositionsposition zum größten Teil aufgegeben hat.

Es ist an der Zeit, daß es wieder eine wirkliche Opposition im Römer gibt, die die Finger in die Wunden legt, die diese Regierung geschaffen hat.

**DIE REPUBLIKANER**

Wir wollen eine Politik für Frankfurter Bürger, für eine liebens- und lebenswerte Stadt, auch mit wirtschaftlichem Aufschwung und Perspektiven für Gewerbe und Handel.

**Wenn auch Sie wollen:**

daß in Frankfurt die Verteilung des Korans durch Salafisten unterbunden wird und bettelnde Zigeunerkinder die Zeil nicht mehr belagern.

daß die Flüchtlingsströme endlich eingedämmt und Sozialschmarotzer ab- und ausgewiesen werden.

daß massiv gegen Drogenhandel, wie z.B. die Modedroge Crystalmeth, vorgegangen wird und Cannabis nicht, auch nicht als Pilotprojekt, in Frankfurt legal wird.

daß die Grünflächen vernichtende Nachverdichtung beendet wird und daß mögliche Gelände für Neubaugebiete gründlich und ernsthaft geprüft werden.

daß das nächtliche Tempolimit von 30 kmh, welches nachweislich keine Verbesserung schafft, aufgehoben wird.

daß die RMV Preise nicht ständig erhöht werden.

daß in Zukunft Gymnasialplätze bei Engpässen auch nach Leistung vergeben werden.

Wenn Sie Ihre Meinung hier wiederfinden, wählen Sie am **6.März 2016**

**DIE REPUBLIKANER**

Matthias Ottmar Rosemarie Lämmer

Kreisvorsitzender Spitzenkandidatin [.](http://www.pdf2txt.de/)  
 **Inhaltsverzeichnis**   
  
  
I. Sicherheitspolitik ....................................................... 4   
  
II. Ausländerpolitik ........................................................ 5   
  
III. Sozialpolitik ........................................................... 6  
  
IV. Seniorenpolitik ...................................................... 7  
  
V. Schulpolitik ............................................................. 8  
  
VI. Jugendpolitik ......................................................... 9  
  
VII. Baupolitik .............................................................. 10  
  
VIII. Wirtschaftspolitik ................................................. 11  
  
IX. Verkehrspolitik ....................................................... 12  
  
X. Umweltpolitik .......................................................... 13  
  
XI. Sportpolitik ............................................................. 14  
  
XII. Kulturpolitik .......................................................... 15  
  
  
  
  
  
 Verantwortlich:  
 DIE REPUBLIKANER – Kreisverband Frankfurt am Main  
  
 Spendenkonto:  
 DIE REPUBLIKANER – Konto-Nr. 200 132 881  
 Frankfurter Sparkasse – Bankleitzahl 500 502 01  
  
  
 [.](http://www.pdf2txt.de/)  
 **I. Sicherheitspolitik**   
  
Frankfurt ist die gefährlichste Stadt Deutschlands. Wir fordern eine Null-Toleranz-Strategie wie in München, der sichersten Stadt in Deutschland. Der Anteil von Ausländern ist bei den Straftaten besonders hoch. Eine deutliche Zunahme verzeichnete die Polizei bei politisch motivierten Straftaten, die allesamt im Bereich des Linksextremismus registriert wurden. Radikale Islamisten werben mitten in unserer Stadt, unter den Augen der Polizei, Jugendliche an. Jede Form von Extremismus muss bekämpft werden. Die Haltung des Wegschauens und Tolerierens muss durch ein entschiedenes Eingreifen der rechtsstaatlichen Organe ersetzt werden. Frühzeitiges verurteilen zu Haftstrafen anstatt Ordnungsstrafen oder Bewährung hat in anderen Kommunen die Kriminalitätsrate gesenkt. Deutschenfeindlichkeit ist in Frankfurt leider alltäglich geworden. Dieser Antigermanismus ist ebenso wie der zunehmende Antisemitismus vor allem auf muslimische Jugendliche zurück zu führen. Abschiebungen wären ein probates Mittel um das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Kulturen und Religionen in Frankfurt beizubehalten.

**Wir Republikaner fordern:**

* Unterbinden islamistischer Tätigkeiten
* Ersetzen der Stadtpolizei durch reguläre Polizeibeamte
* Mehr Polizeipräsenz in Problemvierteln, also in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil (Griesheim, Bahnhofsviertel).
* Verdrängung der organisierten, aggressiven Bettler aus der Innenstadt durch Platzverbote.
* Erhöhung der Planstellen bei Polizei und Justiz
* Keine Schließung von Polizeirevieren
* Sofortige Abschiebung straffällig gewordener Ausländer
* Ausstattung der Polizei mit Kameras zur Dokumentation ihrer Einsätze
* Sicherheit an Problemschulen durch permanente Präsenz von Ordnungskräften

[.](http://www.pdf2txt.de/)  
 **II. Ausländerpolitik**   
  
Ausländer sind Gäste in unserem Heimatland und haben sich auch so zu benehmen, wie man sich als Gast dem Gastgeber gegenüber in einer zivilisierten Gesellschaft verhält.  
Die Zeiten, in denen Arbeitskräfte aus dem Ausland benötigt wurden, sind vorbei. Heutige Zuwanderer wollen in erster Linie vom deutschen Sozialsystem profitieren und sind häufig nicht bereit, sich zu integrieren.  
Im Falle einer rechtskräftigen Verurteilung eines ausländischen Straftäters ist der Betroffene unverzüglich abzuschieben. Selbstverständlich haben auch Mehrfachtäter bei Bagatellstrafen ihr Aufenthaltsrecht verwirkt. Dies gilt auch für Ausländer der zweiten und dritten Generation, die wiederholt straffällig geworden sind.  
Eheschließungen zwischen Deutschen, oder EU-Staatsbürgern, und Asylbewerbern zum offensichtlichen Zweck der Scheinehe, um wirksam Abschiebungen zu verhindern, sind künftig rechtlich derart zu qualifizieren, daß sie einer Ausweisung nicht mehr entgegenstehen.  
Asylbewerber, deren Asylgrund entfallen ist (z.B. Regierungswechsel im Heimatland), sind unverzüglich in ihre Heimat zurückzuführen. Ein hier gewährtes Asylrecht kann nicht einen lebenslangen Aufenthalt und weiteren ungebremsten Familiennachzug nach Deutschland nach sich ziehen. Die anhaltende Masseneinwanderung ist zu beenden.  
Bürgerkriegsflüchtlinge haben nach Beendigung der Kriegshandlungen unser Land unverzüglich wieder zu verlassen. Es kann nicht angehen, daß es sich hier junge und gesunde Menschen auf Kosten unseres Staates gut gehen lassen, während sie im Heimatland dringend zum Wiederaufbau benötigt werden. Wir fordern eine konsequente Überwachung und Durchführung der nötigen Rückführungen.  
Wir fordern die Altparteien im Stadtparlament auf, mit uns einen Zuzugsstopp von Ausländern ohne Qualifikation nach Frankfurt zu erwirken, da für uns Deutsche und die hier bereits lebenden Ausländer schon jetzt zu wenig Arbeitsplätze, Wohnungen und Kindergartenplätze zur Verfügung stehen. Einer weiteren Ghettobildung in den einzelnen Stadtteilen und einem weiteren Anstieg der Ausländerkriminalität ist wirksam vorzubeugen.  
  
• **Integrationsunwillige und dauerarbeitslose Ausländer sind zurück zu führen.**   
• **Sogenannte "Kontingentflüchtlinge" lehnen wir ab.**   
• **Auch die doppelte Staatsbürgerschaft lehnen wir ab, da Deutsche dadurch benachteiligt werden.**   
**• Keine weitere Islamisierung Frankfurts.**

**• Keine städtische Förderung von ausländischen Kulturvereinen, die sich als illegale Spielhallen, Treffpunkte von Kriminellen oder anderen gewaltbereiten Personen erweisen.**

**• Absolutes Burka-Verbot in der Öffentlichkeit**

**• Keine Sonderbehandlung von Muslime wie extra Schwimmzeiten für Moslems, da dieses nicht der Integration dient**

**• Keine weiteren Moscheen in Frankfurt**

**• Verbot der Koranverteilung, sowie härteres Vorgehen gegen den Salafismus**

**Wir Republikaner sagen:**

**Der Islam gehört weder zu Deutschland noch zu Frankfurt.  
Der Islam ist keine Religion. Er ist eine gefährliche und intolerante Ideologie die sich immer weiter verbreitet und sich schleichend in unsere Kultur rein drängt.**

[.](http://www.pdf2txt.de/)  
 **III. Sozialpolitik - Gesundheitspolitik**

Die Stadtkasse Frankfurts stöhnt unter der Belastung der Flüchtlingsströme, ein Ende des Zuzugs von Asylanten ist nicht abzusehen. Auch in den nächsten Jahren wird der Steuerzahler dafür bluten müssen und die wichtigsten Ausgaben für die Frankfurter Bürger fallen dem Rotstift zum Opfer.  
  
Die Interessen der Steuerzahler sind höher zu bewerten als die Ansprüche von solchen, die sich von der Allgemeinheit unterhalten lassen wollen. In der Sozialpolitik müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß diejenigen Bürger, die tatsächlich infolge von Krankheit, Alter oder unvorhersehbarer Not hilfsbedürftig werden, nachhaltig und tatkräftig unterstützt werden können.  
Durch Hilfe zur Selbsthilfe hat die öffentliche Hand dem betroffenen Einzelnen nach dem jeweiligen Maß des Bedarfs Hilfestellung dafür zu leisten, wieder auf die Beine zu kommen und für sich selbst Sorge tragen zu können.

In Frankfurt wächst die Zahl der Wohnhäuser mit Überbelegung, diese Tatsache ist nicht zuletzt auf die steigende Zahl der Migranten zurückzuführen, welche so Ihre Finanzen aufbessern wollen.

Die öffentliche Hand sollte bei der Besetzung offenen Stellen nicht mit Quotenregelungen die Befähigung des/der Bewerberin vernachlässigen.

Der Modellversuch zur Freigabe von Cannabis ist abzulehnen.

**Wir *REPUBLIKANER fordern:***

* **Die Stadt setzt alle Mittel ein um die Zahl der Asylsuchenden in Frankfurt ab sofort zu begrenzen.**
* **Die Zahl der Flüchtlingsunterkünfte dürfen nicht weiter ausgebaut werden.**
* **Strenge Überprüfung aller Bezugsberechtigten öffentlicher Gelder.**
* **Sofortiger und irreversibler Leistungsausschluß für alle diejenigen, die durch falsche Angaben für sich oder andere Leistungen erschlichen haben oder die nachweislich kriminell, gewalttätig oder in anderer Weise sozial auffällig geworden sind.**
* **Die Frauen- und Migrantenquoten werden abgeschafft und die Stadt muß sowohl konzeptionelle als auch finanzielle Unterstützung den Firmen bzw. Arbeitgebern leisten, die bereit sind Betreuungsplätze für Kinder bereitzustellen, deren Eltern bei ihnen beschäftigt sind.**
* **Die Stadt soll Ferienfreizeiten für behinderte Kinder fördern, da die derzeitigen Angebote unzureichend und für Eltern der unteren Einkommensgruppen kaum finanzierbar sind.**
* **Gegen Überbelegung von Wohnungen und Wohnhäusern muß strikt vorgegangen werden. Hohe Bußgelder sind zu verhängen. Die Beweislast muß bei den Wohnungseigentümern liegen.**
* **Der Modellversuch, der Freigabe von Cannabis wird in Frankfurt nicht weiterverfolgt. Die Legalisierung von weichen Drogen wird außer für medizinische Zwecke, mit strengen Auflagen, abgelehnt.**

**IV. Seniorenpolitik**   
  
Unsere besondere Fürsorge gilt den älteren Mitbürgern. Sie haben ein Anrecht darauf, ihren Lebensabend in Sicherheit und mit Würde zugenießen.

Die Betreuung und Pflege älterer Menschen in der Familie oder in ihrer eigenen Wohnung hat oberste Priorität.  
  
**Wir Republikaner fordern:**   
  
• **Unter Beteiligung der Stadt sind bezahlbare Wohnheimplätze und seniorengerechte Wohnungenbereitzustellen.**   
  
• **Private ambulante Dienste und der auf Privatinitiative basierende Bau von Wohnheimplätzen muß stärker gefördert werden.**   
• **Kein Ersatz des qualifizierten Pflegepersonals durch billige Arbeitskräfte aus dem Ausland.**   
  
• **Kein Einsatz von Psychopharmaka zur „Ruhigstellung“ von Heimbewohnern.**   
• **Verstärkte Projekte zur Begegnung von Kindern und Jugendlichen mit Senioren, damit der Respekt und das Verständnis füreinander wieder erlernt wird.**   
  
• **Ausreichende Sitzbänke in Straßen und Parkanlagen.**   
**Frankfurt muß sich zu einer seniorenfreundlichen Stadt entwickeln.**

* ***Immer mehr Lebensmittelläden schließen in den Stadtteilen aus Rentabilitätsgründen, wie z.B. im Industriehof, dort sollen „Smart-Lebensmittelläden“ der Werkstatt Frankfurt, oder ähnliche Projekte die Lücke schließen und den älteren Menschen die Möglichkeit geben fußläufig ihre Einkäufe zu tätigen.***
* ***Das Kulturangebot, sowie die Verkehrsplanung müssen auch den Bedürfnissen und Interessen der älteren Menschen Rechnung tragen.***

**Altersarmut bekämpfen statt Wirtschaftsflüchtlinge zu unterstützen!**  
 [.](http://www.pdf2txt.de/)

**V. Schulpolitik**

Schule ist zu einem Spielball der Altparteien verkommen. *Die Regierungsparteien haben den Bildungsauftrag abgegeben, in dem die Gymnasiumschulen selber entscheiden dürfen ob sie das „Turboabi“ (G8) anbieten oder nicht. Auch das neue Experiment die Einführung der Inklusion ist ein Experiment auf Kosten der Schüler.* Eine erstklassige Schulbildung ist jedoch in der heutigen Gesellschaft nicht nur für die Zukunft unserer Kinder von entscheidender und den ganzen Lebensweg prägender Bedeutung, sondern sie ist auch für unser ganzes Land überlebenswichtig. *Gerade nach dem Ruf von Fachkräften, müssen unsere* Kinder wieder erstklassig ausgebildet werden.

In den meisten Schulen liegt der Anteil der muslimischen Mitschüler bereits bei mehr als 50%. Die angestrebte "Integration im Schulbetrieb" kann damit nicht erreicht werden, sondern unsere Kinder finden sich dadurch in einer Parallelgesellschaft der muslimischen Ausländer wieder.

**Wir Republikaner sagen:**   
  
• Gerade in Hessen muß die Zeit der ewigen Bildungsexperimente sofort beendet werden.  
• Die schulische Bildung darf sich nicht weiter an der gescheiterten Idee von einer Multi-Kulturellen Gesellschaft orientieren, in der das gesamte Bildungsniveau aller Schularten einseitig zu Gunsten der Kinder mit „Migrationshintergrund“ nivelliert wird.  
• Alle Kinder müssen nach ihren persönlichen Leistungsmöglichkeiten und Begabungen optimal gefördert werden. Das dreigliedrige Schulsystem bietet dafür die besten Voraussetzungen. Allerdings müssen alle Schulabschlüsse wieder eine echte Qualifikation darstellen. Hauptschulen sind heute kaum mehr als bessere Sonderschulen. Dies zeigt deutlich den stetigen Verfall des Bildungsstandes. Die Aufwertung von Haupt-, Realschulen und Gymnasien auf frühes Niveau ist deshalb unabdingbar.  
• Die Schule muß neben der reinen Wissensvermittlung auch verstärkt auf das Sozialverhalten, wie Fleiß, Ordnung, Respekt vor den Mitmenschen, der Schüler einwirken.  
  
**Deshalb fordern wir:**   
  
• **Endlich die Erfüllung der Unterrichtsgarantie durch das Land Hessen.**   
• **Die Sanierung und der Ausbau der Schulen muß oberste Priorität in der städtischen**   
 **Ausgaben-Politik haben. Entsprechend sind im Haushalt die notwendigen Umschichtungen**

**vorzunehmen.**   
• **Der Sportunterricht muß an allen Schulen gewährleistet werden. Hierzu sind Sanierung und Bau von**

**Sporthallen voranzutreiben.**   
• **Die Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Lernmaterial sowie der Fachräume, insbesondere für die**

**naturwissenschaftlichen Fächer, ist deutlich zu verbessern.**   
• **Kleine Klassen, damit die Lehrer sich verstärkt um die einzelnen Schüler kümmern können.**   
• **Kinder, die der deutschen Sprache nicht ausreichend mächtig sind, müssen in Sonderklassen**

**zusammengefaßt werden.**   
• **Kein Türkisch-Unterricht an Frankfurter Schulen,**

• **Die Schulausbildung der Schüler darf nicht länger vom sozialen und finanziellen Status der Eltern**

**abhängig sein.**   
• **Kein Unterricht der intoleranten islamischen Ideologie.**

• **Die offenen Schulhausmeisterstellen sind endlich zu besetzen.** [.](http://www.pdf2txt.de/)  
• **Die Verkehrserziehung durch Mitarbeiter des Ordnungsamtes in Kindergärten und**   
 **Grundschulen ist langfristig sicher zu stellen.**   
• **Flächendeckende Wiedereinführung der G9-Schulzeit**

• **Keine Inklusion an Frankfurter Schulen um damit den mehrheitlichen Willen der Eltern Rechnung zu**

**tragen.**

• **Die Einführung von deutsch-türkischen Kindergärten (wie beispielsweise in Fechenheim) lehnen wir Sinne der Integration ab.**

**VI. Jugendpolitik**   
  
Die gesellschaftliche Verantwortung gegenüber den Jugendlichen und Heranwachsenden  
erfordert auch im kommunalen Bereich verstärkte Bemühungen, jungen Menschen den  
Eintritt in die Verantwortung für das Gemeinwesen zu erleichtern. In unserer überwiegend  
materialistisch orientierten Wohlstandsgesellschaft wird das Bewußtsein für das gemeinschaftliche Miteinander weitgehend zugunsten des Privaten verdrängt. Dieses Defizit muß durch jugendpolitische  
Maßnahmen ausgefüllt werden, damit die heutige Jugend die Zukunft unseres Staates  
verantwortungsvoll gestalten kann.  
  
Für uns REPUBLIKANER ist es daher erforderlich, daß jungen Menschen ein attraktives  
Lern- und Betätigungsfeld in den Vereinen geboten wird. Zudem sind die öffentlichen  
Einrichtungen für die Freizeitgestaltung in einen Zustand zu bringen, der auch politisch nicht  
gebundenen und andersdenkenden Jugendlichen die Inanspruchnahme möglich macht.  
  
**Wir REPUBLIKANER fordern daher:**   
  
• **Gezielte Förderung der Vereine, die Jugendlichen Betätigungsmöglichkeiten bieten.**   
• **Keine finanzielle Förderung politischer und gewerkschaftlicher Jugendorganisationen.**   
• **Unterstützung von Initiativen, die sich der Förderung und Weiterbildung von Jugendlichen widmen.**   
• **Verhinderung weiterer Spielhallen.**   
• **Wiederherstellung der politischen Neutralität in Jugendhäusern.**

**Der deutschen Jugend fehlt Identität. Überfremdung und Multikulti nehmen ihr die**   
**Wurzeln der eigenen Kultur- und Wertegemeinschaft und führen zu Orientierungslosigkeit. Ein Volk, daß die eigene Kultur nicht mehr kennt, kann die Kulturen anderer Völker nicht achten und wird von diesen auch nicht respektiert.**   
  
  
  
 [.](http://www.pdf2txt.de/)  
 **XII Planungs-und Baupolitik**

Nachdem der Oberbürgermeister das Thema sozialer Wohnungsbau zur Chefsache erklärt hat, wird nur noch von Nachverdichtung und Erschließungen von neuen Baugeländen, wie in Bonames, gesprochen. Bei der Stadtplanung sind aber die gewachsenen Strukturen zu berücksichtigen.

Neubaugebiete wie Riedberg und Europaviertel bieten zahlreiche neue Quartiere an. Desweiteren können Bürogebäude zu Wohnungen umgebaut werden. Büro- Leerstand ist verschenkter Wohnraum.

Sanierungen dürfen nicht zu Mieterhöhungen führen, auch nicht durch die Hintertür der, durch Umbau, gewonnen Quadratmeter.

Dem Ehrgeiz der Stadt öffentliche Gebäude und Wohnungen der FAG in Passivhausweise zu bauen ist nicht zuzustimmen, die hohen Kosten gehören, neben gesundheitlichen Aspekten, zu den Nachteilen von Passivhäusern. Diese Kosten werden in der Regel ausschließlich auf den Mieter übertragen.

Unumstritten muß der soziale Wohnungsbau gefördert werden. Allerdings darf nicht verheimlicht werden, daß alle Investoren, auch die städtischen, auf Gewinn aus sind und deshalb nur begrenzte Mengen an den gebunden Wohnungsmarkt abgeben wollen. Die Stadt täte gut daran, bei den Investoren mehr für den sozialen Wohnungsbau und senioren- bzw. behindertengerechte Wohnungen zu werben und nicht mit der Milieuschutzsatzung ausbremsen.

Der unablässige Zustrom von Asylanten belastet die Situation auf dem sozialen Wohnungsmarkt noch zusätzlich. Die Asylpolitik muß neu überdacht werden. Es dürfen sozial schwache deutsche Familien, Rentner und Alleinstehende nicht vernachlässigt und alleingelassen werden.

Durch Ghettobildung und Parallelgesellschaften dürfen Stadtteile nicht abgewertet werden. Maßnahmen wie Durchmischung und Quotenregelungen müssen diesem Trend entgegengesetzt werden.

Soziale Brennpunkte dürfen von unserer Stadtregierung nicht schöngeredet werden, wie z.B. das Bahnhofsviertel. Wenn Anwohner Mißstände aufzeigen müssen diese ernst genommen und beseitigt werden.

Immer wieder sehen sich die Bürger Schildbürgerstreichen, wie die DFB Akademie oder der Zurückbau der Berliner Straße, ausgesetzt. Frankfurt verliert immer mehr sein Gesicht. Die Bürger fühlen sich nicht mehr in ihrer Heimatstadt, die Stadt wird auswechselbar, wie viele deutsche Großstädte.

**Wir REPUBLIKAER fordern:**

* keine Nachverdichtung im Stadtgebiet. Frankfurt hat durch seine Freiflächen, Schrebergärten und Grünanlagen, eine hohe Lebensqualität. Diese darf nicht durch eine rücksichtslose Nachverdichtung zerstört werden.
* Keine Erschließungen von Neubaugebieten, wie zwischen Nieder Eschbach und Nieder Erlenbach.
* Keine Erweiterung von bereits bestehenden Bauplänen, wie in Bonames.
* Die Millieuschutzsatzung wird in der vorliegenden Form nicht weiterverfolgt. Die Milieuschutzsatzung verhindert Investitionen. Wenn private Investoren Wohnraum schaffen wollen, dann dürfen sie nicht durch Auflagen, wie die Begrenzung der Größe von Dachterrassen und Balkonen abgeschreckt werden.
* Der Umbau von Büroraum in Wohnungen wird vorangetrieben.
* Keine Erhöhung der Mieten bei Sanierungen in geförderten Wohnungen.
* Die Stadt verhandelt mit der Landesregierung über eine Begrenzung des Asylantenzustroms nach Frankfurt und der schnellen Rückführung der schon hier angesiedelten.
* Hotelneubauten müssen begrenzt werden.
* Die Planungen zur Verengung der Berliner Straße werden fallengelassen.
* Die Zusammenarbeit mit der Region wird gefördert und mit attraktiven Verkehrsanbindungen auch die Möglichkeit in Frankfurt zu arbeiten und im Umland zu wohnen reizvoller zu machen.
* Neubauten in Passivhausbauweise werden nicht mehr finanziell gefördert und öffentliche Gebäude mit konventionellen Mitteln wärmegedämmt. Energetische Sanierungen verschlingen mehr Geld, als durch sie eingespart wird, wie eine, von der staatlichen Förderbank KfW, in Auftrag gegebene Studie belegt.
* Ghettobildungen und Parallelgesellschaften werden mit einer durchdachten Quotenregelung bekämpft.
* Der Bau von Senioren- bzw. behindertengerechten Wohnungen wird vorangetrieben und gefördert.

[.](http://www.pdf2txt.de/)  
**VIII. Wirtschaftspolitik**

Grundlage der Wirtschaftspolitik der Republikaner in Frankfurt am Main ist die Soziale Marktwirtschaft. Den sozialen Aspekt werden wir durch unseren Einsatz für Chancengleichheit und die Bekämpfung der Armut gerecht. Wir sind für Markt und gegen Plan. Gegen Übertriebene Regulierung und für ein freies und selbstbestimmtes Unternehmertum. Dafür fordern wir von den Unternehmen Verantwortungsvolles Handeln. Aufstockerlöhne sind ein Eingriff in die freie Marktwirtschaft. Löhne die mit Steuergeldern subventioniert werden nehmen den Arbeitgeber aus der Pflicht seine Arbeitnehmer, aufgrund deren Arbeitskraft er Gewinne erwirtschaftet, angemessen zu entlohnen. Die Interessen der einheimischen Bevölkerung bedürfen einer besonderen Beachtung, da sie die Grundlage des Wirtschaftlichen Erfolges der Stadt Frankfurt sind. Zuwanderung in den Arbeitsmarkt führt zu Lohndumping. Zuwanderung in die Sozialkassen ist ein wesentlicher Grund der hohen Lohnnebenkosten in Deutschland. Der unkontrollierte Zuzug von EU-Bürgern schafft ein gewaltiges Potential von Schwarzarbeit, welches den alteingesessenen Handwerksbetrieben zusetzt. Es braucht ein energisches Vorgehen gegen den sogenannten „Arbeiterstrich“ wo Schwarzarbeiter, überwiegend aus Ost-Europa, ihre Arbeitsleistung anbieten.

**Wir Republikaner fordern:**

* Keine 1-Euro-Jobber in Städtischen Betrieben.
* Schutz der alteingesessenen Betriebe vor schwarzarbeits-Migration.
* Standortvorteile durch Ausbau der Infrastruktur.
* Abbau bürokratischer Investitionshemmnisse.
* Dubioses Geschäftsgebaren wie Publik- Privat- Partnership, Cross-Border-Leasing oder Verkauf und Rückmietung (Sales and lease back) sind zu unterlassen.
* Gutachten und Beraterverträge sind nur noch im Rahmen der Gesamtplanung der Stadt zulässig. Dies reduziert die Kosten.
* Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist darauf zu achten das keine Ausländer zu Aufstockerlöhnen geholt werden. Das belastet die Sozialkassen und fördert Arbeitslosigkeit.
* Der vielfältigen Einwanderung in das Sozialsystem ist zu begegnen, indem man keine Geldleistungen mehr tätigt, sondern auf Sachleistungen umstellt.
* Förderung des klassischen Einzelhandel in den Stadtteilen
* Die Klein – und Mittelständischen Unternehmen sind zu unterstützen.

**IX. Verkehrspolitik**   
  
Frankfurt am Main nimmt nicht nur in Hessen, sondern in Deutschland und Europa, eine  
verkehrsgeografische Schlüsselstellung ein, die der Kommune besondere Verantwortung  
abverlangt. In Frankfurt am Main kreuzen sich wichtige Linien des Straßenverkehrs, der  
Eisenbahnen, des Binnenschiffsverkehrs und des Flugverkehrs. Diesen Verkehrswegen hat  
Frankfurt seinen früheren Reichtum, der gerade von den Altparteien aus ideologischer  
Verblendung verspielt wurde, zu verdanken. Diesen gilt es wieder zu erlangen.

Für uns REPUBLIKANER ist es selbstverständliche Voraussetzung, daß der Verkehr so zu  
organisieren und vernetzen ist, daß den Bedürfnissen der Menschen, den Anforderungen der  
Wirtschaft und dem Naturschutz derart Rechnung zu tragen ist, daß diese innerhalb eines  
integrierten Gesamtverkehrssystems in einem optimalen Verhältnis zueinander stehen.  
  
**Wir REPUBLIKANER fordern deshalb:**

* **Umfassender und funktionierender Lärmschutz an den innerstädtischen Autobahnen.**
* **Kein weiterer Ausbau des Frankfurter Flughafens über die jetzige Planung hinaus.**
* **Der Binnenschiffsverkehr ist zu fördern.**
* **Dem Schienenverkehr, insbesondere der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, ist oberste Priorität einzuräumen.**
* **Grüne Welle bei Ein – und Ausfahrstraßen**
* **Radfahren gegen die Einbahnstraße wieder aufheben**
* **Flächendeckende Einführung des grünen Pfeil zum rechts abbiegen**
* **Senkung der Parkgebühren im gesamtem Stadtgebiet**
* **Senkung des RMV - Fahrpreis**
* **Radfahrverbot in den Fußgängerzonen**

Der städtische Straßenverkehr dient den Altparteien (CDU, SPD, FDP und Grünen) nach wie[.](http://www.pdf2txt.de/)  
vor als Spielwiese für unsinnige Experimente und bedeutet für die Frankfurter Bürger nicht  
nur jährliche Kosten in Millionenhöhe, sondern mitunter auch Gefahr für Leib und Leben.  
  
**In diesem Bereich verfolgen wir REPUBLIKANER folgende Ziele:**   
  
• **Bewohnerparken als Form der Beutelschneiderei lehnen wir ab.**   
• **Tempo-30-Zonen nur vor Kindergärten, Schulen, Altenheimen und Krankenhäusern, da**

**durch die flächendeckenden Tempo-30-Zonen die Akzeptanz vor solchen Institutionen**

**nicht mehr gegeben ist.**   
• **Die Wiedereinrichtung der „Grünen Welle“ an allen Straßen, wo es möglich und**   
 **sinnvoll ist. Zügig rollender Verkehr verhindert Lärm und Luftverschmutzung und**   
 **dient der Verkehrssicherheit.**   
• **Radfahren gegen Fahrtrichtung in Einbahnstraßen lehnen wir ab, da dieses mehr**

**Gefahren als Nutzen birgt.**  
• **Keine Verkehrsberuhigung in Stadtteilen gegen den erklärten Willen der Bürger vor Ort.**   
• **Die häßlichen Verkehrsschikanen - die sogenannten "Stellvertreter" aus Beton - müssen**

**aus dem Stadtbild verschwinden.**   
• **Ein flächendeckendes Aufstellen von Parkscheinautomaten in der Innenstadt lehnen wir**

**ab.**   
• **Wir sind für mehr kostenlose Parkplätze in der Innenstadt und den Stadtteilen.**   
 **Insbesondere vor den Friedhöfen wollen wir die Parkscheinautomaten entfernen.**   
• **Die Kosten in den Parkhäusern müssen derart gestaltet werden, daß auch Auswärtige**

**wieder nach Frankfurt zum Einkaufen kommen.**   
• **Verstärkte Einrichtung von kostenlosen P+R-Plätzen am Stadtrand.**

• **Sanierung der Verkehrswege**

**Desweiteren treten wir REPUBLIKANER dafür ein, daß der Taktverkehr im ÖPNV**   
**und die Verbundkonzepte optimiert werden, sowie der Fahrpreis für öffentliche**   
**Verkehrsmittel wieder erschwinglich wird.**   
  
**Die Stadt Frankfurt lebt vom und mit dem Verkehr, dieser darf nicht lahmgelegt werden.**[.](http://www.pdf2txt.de/)

**X. Umweltpolitik**

Für eine zukunftssichernde Umweltpolitik in einer Großstadt wie Frankfurt am Main ist die Zusammenarbeit von Industrie, Umweltverbänden und der Politik anzustreben. Ökonomie und Ökologie ist gleichermaßen Rechnung zu tragen. Eine Umweltpolitik aus rein ideologischen Motiven ist mit uns nicht zu realisieren.  
  
**Wir REPUBLIKANER fordern:**

*Die Möglichkeit die Straßenreinigung vor seiner Liegenschaft selbst zu übernehmen um den Bürger finanziell zu entlasten.*

*Mehr Abfallbehälter um der Verschmutzung der Grünflächen / Baumscheiben entgegen zu wirken.*

• **Abschaffung der unsinnigen „Umweltzone“.**

• **Grünflächen und Parks sind zu erhalten**  
• **Reinhaltung von Luft, Wasser und Boden von Schadstoffen aller Art müssen die obersten**

**Anliegen verantwortlicher Umweltpolitik sein.**   
  
• **Dem Schutz der Bürger vor übermäßiger Lärm- und Abgasbelastung müssen die**

**Bemühungen der Stadt in besonderer Weise dienen.**   
• **Der Ausbau des Straßennetzes in Frankfurt am Main darf nicht weiterhin willkürlich**

**behindert werden. Fließender Verkehr ist umweltfreundlicher als stehender Verkehr. Schluß**

**mit dem lärm- und abgasfördernden Verkehrschaos der**   
 **Altparteien, das der Umwelterhaltung mehr schadet als nutzt.**   
• **Die Stadt setzt verstärkt auf nachhaltige und umweltfreundliche Energieträger, wie**

**Blockheizkraftwerke und Solarenergie, insbesondere bei öffentlichen Gebäuden und**   
 **Einrichtungen.**   
  
Wir REPUBLIKANER verfolgen eine Umweltpolitik, die eine abgestimmte Verantwortung aller beteiligten Gruppen voraussetzt.  
  
**Der Erhalt von Natur und Heimat ist uns Verpflichtung.**

[.](http://www.pdf2txt.de/)  
 **XI. Sportpolitik**   
  
Den Altparteien und dem Magistrat in Frankfurt am Main kann bescheinigt werden, daß dem  
Breitensport erfolgreich der Garaus gemacht wird. Die Bevölkerung wird mit Halb- und  
Unwahrheiten unterrichtet und der Magistrat sowie die Oberbürgermeisterin sprechen auch  
hier mit gespaltener Zunge.  
  
Bei den im Römer Verantwortlichen hat der Kinder-, Schüler- und Seniorensport nur einen  
geringen Stellenwert. Die damit einhergehende Volksgesundheit findet entgegen allen  
politisch andersartigen Erklärungen zuwenig Beachtung. Besonders betroffen von dieser  
verfehlten Politik sind die Vereine, die sich für vorbildliche Jugendarbeit und aktiven Seniorensport engagieren. Diese Vereine werden über Gebühr zur Kasse gebeten, müssen überhöhte Hallenmieten zahlen, so daß es immer schwieriger wird, deren Sportangebot aufrecht zu erhalten.  
  
**Wir REPUBLIKANER fordern deshalb:**   
  
• **Spürbare Umschichtungen im Haushalt zugunsten der privaten Sportvereine im**

**Amateurbereich mit erfolgreicher Jugend- und Seniorenarbeit.**   
• **Die weitere Bereitstellung von Schul- und Sporthallen zu geringen Gebühren für den**   
 **Breitensport der Bevölkerung.**   
• **Den Ausbau und die Förderung des Behinderten- und Betriebssportes in allen Bereichen.**   
• **Die Intensivierung des Schulsportes, der nicht zum Spielball unwilliger Lehrkräfte und**

**hausgemachter finanzieller Engpässe werden darf.**   
• **Nachhaltige Bemühungen um finanzielle Unterstützung durch die Wirtschaft für**   
 **den Profi- und Spitzensport.**   
• **Prestigeprojekte für den Profisport, die nur als Denkmal für Politiker herhalten sollen und**

**von den Bürgern zu bezahlen sind, ist ein Riegel vorzuschieben.**   
• **Unsere Bäder dürfen keine Bauernopfer für das mißlungene Bäderkonzept werden,**   
 **sondern müssen erhalten bleiben.**

• **Eintrittspreise in Schwimmbädern sind zu reduzieren**

• **Sporthallen dürfen nicht zweckentfremdet werden**  
  
Wir REPUBLIKANER haben hierzu den politischen Mut und Willen. Wir übernehmen auch  
die Verantwortung für die notwendigen Mittelumschichtungen im Haushalt der Stadt. Wo,  
wenn nicht in den Sportvereinen, können Kinder und Jugendliche zu solidarischem Verhalten,  
zu Selbstdisziplin, zu kameradschaftlichem Wettbewerb und zu Achtung vor dem sportlichen  
Mitbewerber angehalten werden?  
  
**Für uns REPUBLIKANER gilt:**   
  
**Sport als verfassungsrechtlich geschütztes Rechtsgut muß staatlich unvermindert**   
**gefördert werden. Es ist sinnvoller, breitenwirksame Gesundheitsvorsorge durch den**   
**Sport zu unterstützen, als später eine zusätzliche Kostenexplosion im Gesundheitswesen**   
**und in der Fürsorge zu provozieren.**

**XII. Kulturpolitik** [.](http://www.pdf2txt.de/)  
  
Unter "Kultur" verstehen wir REPUBLIKANER aber nicht die uns täglich allgegenwärtige  
Sex-, Plastik- und Big-Brother-Kultur, die alle Traditionen und Werte unterminiert und selbst  
die deutsche Sprache bis zur Unkenntlichkeit verschandelt. Während andere Länder ihre  
Zeugnisse künstlerischen Schaffens pflegen, gefällt sich die Kulturpolitik der Altparteien in  
blinder und kritikloser Subventionierung dubioser "Kunstwerke" und Theateraufführungen, in  
denen - wegen mangelnden Publikumsinteresses - Einnahmen aus dem Verkauf von  
Eintrittskarten nur einen geringfügigen Bruchteil der Kosten abzudecken vermögen. So  
fingiert die Stadt eine "Pseudo-Kunst", die sich allein an der Lust zur Provokation und zum  
Abkassieren von Steuergeldern orientiert.  
Im Unterschied zu Frankreich, das eine mutwillige Verfremdung der französischen Sprache  
und Musik mit Gesetzeskraft abwehrt, können hierzulande manche Jugendliche nur noch  
Aneinanderreihungen von verkürzten Anglizismen und Bruchstücke deutscher Trivialausdrücke hervorbringen. Eine lehrreiche und gründliche Beschäftigung mit deutscher Sprach- und Bildkultur, mit klassischer Malerei, bildender Kunst und anspruchsvoller Musik findet praktisch weder in der Schule noch im üblichen "Kulturbetrieb" statt.  
  
Wir REPUBLIKANER treten daher für eine vollständige und sofortige Umkehr in der  
Frankfurter Kulturpolitik ein. Nötig sind dabei mutige und entschlossene Maßnahmen und  
neue Weichenstellungen.  
  
• **Nicht die pure Vielzahl von Museen, Bauten, Theatern und "Kulturhäusern" ist entscheidend, sondern einzig und allein deren inhaltliche Qualität. Im Unterschied**   
**hierzu ist die fortgesetzte künstliche Erhaltung von "alternativen" Einrichtungen,**   
**die nur als Tummelplatz verwirrter oder verirrter Schickeria dienen, in denen sich**   
**die Zerstörungswut gegen das eigene Land austobt, schleunigst zu beenden. Dem**   
**Steuerzahler kann nicht länger zugemutet werden, diejenigen, deren höchstes Ziel**   
**nur darin besteht, alle abendländischen Kulturwerte in den Schmutz zu ziehen,**   
**dafür auch noch fürstlich zu entlohnen.**   
• **Eine bevorzugte Stellung verdienen dagegen auch weiterhin die angesehenen Heimstätten großer Kunst bzw. wissenschaftlicher Forschung wie etwa das Städel, das Liebighaus oder das Senckenbergmuseum. Die nationale und internationale Wertschätzung und Anerkennung der Arbeit dieser Institutionen fällt insbesondere auch auf die Stadt Frankfurt zurück.**   
• **Keiner öffentlichen Subventionierung bedürfen dagegen Einrichtungen wie etwa der "Mousonturm". Die für städtische Kulturpolitik Verantwortlichen müssen sich endlich der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit und deren kulturellen Wünschen und Bedürfnissen gegenüber verantwortlich zeigen, anstatt sich allein als Interessenvertreter von Minderheiten und selbsternannter "progressiver" Schickeriakreise zu sehen.**   
  
**Wir REPUBLIKANER treten dafür an, die Kulturpolitik der Stadt wieder ihrer eigentlichen humanistischen Aufgabe zuzuführen, so wie sie im Portal der Alten Oper eingemeißelt ist: "Dem Wahren, Schönen, Guten" zu dienen.**